



30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Bürgerliches Bildungsprivileg wurde gebrochen

Von Dr. Gerhild Schwendler und Uwe Feige, Franz-Mehring-Institut

Traditionsreiche Forderung des Proletariats

Eine der ältesten Forderungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung ist die Forderung nach dem gleichen Recht auf Bildung für alle. Seit dem Erscheinen des „Kommunistischen Manifestes“ und den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“ im Jahre 1848, in denen Karl Marx und Friedrich Engels die Aufhebung der bürgerlichen „Klassenbildung“ und eine „allgemeine, unentgeltliche Volkserziehung“ forderten, kämpfte die Arbeiterklasse um die Beseitigung des bürgerlichen Bildungsprivilegs. In diesem Sinne erhob die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie u. a. im „Eisenacher Programm“ von 1891, im „Gothaer Programm“ von 1895 und im „Erfurter Programm“ von 1891 die Forderung nach „Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession“, nach „allgemeiner und gleicher Volkserziehung“ und „unentgeltlichem Unterricht in allen Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung für würdig erachtet werden“.

Anknüpfend an diese revolutionären Forderungen und den Kampf von August Bebel und Wilhelm Liebknecht um die Erschließung breiterer Bildungsmöglichkeiten für die Arbeiterklasse, kämpfte die Kommunistische Partei Deutschlands seit ihrer Gründung um die „... Umgestaltung des Erziehungswesens im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution“. Im Gegensatz zu allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Reformbestrebungen erarbeitete sie – zu ihren bedeutendsten Schulpolitikern gehörten Edwin Hoernle, Dr. Theodor Neubauer und Ernst Schneller – die Grundlagen für eine Erziehungs- und Bildungspolitik im Interesse der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Progressiver Kampf erhält feste Basis

Erst nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten konnte die KPD ihre bildungspolitischen Vorstellungen verwirklichen. Gestützt auf den Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 und den „Aufruf zur demokratischen Schulreform“ vom Oktober 1945, nahmen Kommunisten, Sozialdemokraten und andere antifaschistische Kräfte die Demokratisierung auch der Leipziger Universität in Angriff. Ein Eckpfeiler der 1. Hochschulreform war die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs, der im Sinne der völligen Neugestaltung von Lehre, Ausbildung und Forschung an den Universitäten und Hochschulen eine eminent große Bedeutung zukam. Es ging dabei jedoch nicht nur darum, den bisher von den höchsten Bildungsinstitutionen der Gesellschaft ausgeschlossenen Arbeiter- und Bauernkindern den Zugang zur Hochschulbildung zu ermöglichen, und aus ihren Reihen eine neue demokratische Intelligenz heranzubilden. Zugleich kam es darauf an, entsprechend der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Weltanschauung des Proletariats, den Marxismus-Leninismus, an der Universität zu etablieren und fest zu verankern.

Ausgehend von der Einsicht, daß es nicht genügt, den Arbeiter- und Bauernkindern lediglich den Zugang zum Hochschulstudium zu ermöglichen, verfügte die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Verordnung vom 30. September 1945 „Über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen“ die Aufnahme zum Studium ohne Reifeprüfung und die Einrichtung von Sonderkursen allgemeiner Bildung. Eine feste gesetzliche Grundlage erhielt der Kampf um die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs durch die „Grundlegenden Hinweise für die

Zulassung zum Studium“ der DZV vom 12. Dezember 1945. Diese Richtlinie legte die Verantwortung für die Aufnahme von Studienbewerbern in die Hände einer Kommission, deren Zusammensetzung die Aufnahme bisher aus sozialen, politischen und rassistischen Gründen vom Studium ausgeschlossener Kräfte gewährleisten sollte. Der Kommission mußten ein Vertreter der künftigen Fakultät und drei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören.



Mit der Befreiung vom Faschismus und der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf dem heutigen Staatsgebiet der DDR waren im Kampf der fortschrittlichen Kräfte gegen das bürgerliche Bildungsprivileg erste spürbare Erfolge zu verzeichnen.

In den harten Klassenauseinandersetzungen, die sich Ende 1945/Anfang 1946 an der Leipziger Universität um das Arbeiterstudium entwickelten, trat die unaufschiebbare Notwendigkeit zutage, spezielle Maßnahmen zur Förderung des Arbeiterstudiums durchzusetzen. 26 Arbeiterkinder bei einer Gesamtzahl von 787 Studenten bei der Neueröffnung der Universität im Februar 1946 – das war zu wenig. Nachdem bereits am 3. Februar 1946 auf Initiative der KPD-Kreisleitung und des SPD-Bezirksvorstandes der Arbeitsausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien und der FDGB in Leipzig mit dem Aufruf „Arbeiter als Studenten auf die Universität“ an die Öffentlichkeit getreten waren, erließ die Landesverwaltung Sachsen am 12. Februar 1946 eine Verordnung über die Einrichtung von „Vorkursen“ in Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig, Plauen, Zwickau. Beglückwünscht von der Arbeiterklasse und den anderen demokrati-

sehen Kräften, öffnete die Leipziger Vorstudienabteilung am 1. März den ersten 225 Arbeiter- und Bauernkindern ihre Pforten. Als obligatorische Fächer wurden im ersten Kurs, der bis zum September 1945 ging, Deutsch, Geschichte, Latein und Mathematik gelehrt.

Politisch sehr aktive „Vosta“-Studenten

Obwohl die „Vosta“, zunächst als Bestandteil der Leipziger Volkshochschule der Abteilung Volksbildung der Landesregierung unterstand, also nicht direkt zur Universität gehörte, nahmen ihre Studenten von Anfang an aktiv an der demokratischen Entwicklung, an der Ausschaltung der reaktionären Kräfte in der Universitätsleitung und im Studentenrat teil. Unter Überwindung schwieriger Bedingungen stellten sie mit großer Energie und hohem Klassenbewußtsein ihren Willen unter Beweis, im Ringen um die Inbesitznahme der Wissenschaft den Sieg davonzutragen. Durch ihre hohe Studienmoral und ihre guten wissenschaftlichen Leistungen erlangten sich die „Vosta“-Studenten die Achtung vieler bürgerlicher Hochschullehrer und trugen maßgeblich zum Abbau der Vorurteile gegen das Arbeiterstudium bei. Dennoch blieb die Brechung des reaktionären bürgerlichen Bildungsprivilegs ein langwieriger und komplizierter Prozeß. Auch unter den Arbeitern und werktätigen Bauern selbst mußten viele Vorurteile überwunden werden. Es bedurfte großer Anstrengungen seitens der Partei der Arbeiterklasse und der demokratischen Öffentlichkeit, den Gedanken des Arbeiterstudiums vollinhaltlich durchzusetzen und gemäß dem Aufruf vom 3. Februar 1946 in den Betrieben und auf dem Land Studenten für das Studium an der „Vosta“ zu gewinnen. Auch die materielle Sicherung des Arbeiter- und Bauernstudiums stellte hohe Anforderungen an die Arbeiterklasse und die SED. Auf Grund von Appellen der Partei, des FDGB und der anderen antifaschistisch-demokratischen Kräfte spendeten Leipziger Betriebe und Verwaltungen im letzten Halbjahr 1946 365 306 RM für das Arbeiterstudium, von der Volkssolidarität gingen 250 000 RM ein, vom FDGB 138 000 RM, von der SED 72 000 RM, vom Rat der Stadt 50 000 RM – um nur einige Beispiele zu nennen. Der Erfolg dieser in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Lage großzügigen materiellen Hilfe führte zu einem Ansteigen des Anteils der Arbeiter- und Bauernkinder unter der Studentenschaft: Ihr Anteil an der Zahl der Neumatrikulierten betrug 24,4 Prozent, ein Jahr später 33,3 Prozent und 1948/1949: 37,3 Prozent.

Der politische Einfluß der Studenten der Vorstudienanstalt auf die Studenten der Universität erhöhte sich ab Ende 1947 entscheidend durch die Zusammenlegung der Vorstudienanstalten Leipzig, Plauen, Zwickau und ihre Eingliederung als Vorstudienabteilung in die Leipziger Universität. Mit dem Einzug der „Vosta“-Studenten Rolf Dübke, Gerda Stern, Wilhelm Herzog und Waldemar Behnke in den Studentenrat sowie dem Wirken der Arbeiterstudenten von der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und von anderen Fakultäten begann die Umwandlung des Studentenrates aus einer Domäne der reaktionären Kräfte, die bis zuletzt in unverschwämmer und provokatorischer Weise gegen das Arbeiterstudium auftraten, in ein Instrument der Arbeiterklasse. Bei den Studentenratswahlen am 4. Dezember 1948 konnten die fortschrittlichen Kräfte erstmals die Mehrheit erringen und mit Herbert Meißner einen Arbeiterstudenten als Vorsitzenden einsetzen.

Auch in der Folgezeit waren große Anstrengungen der Arbeiterklasse unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der demokratischen Öffentlichkeit sowie der Betriebsgruppe der SED an der Universität und aller Arbeiter- und Bauernstudenten notwendig, die Angriffe auf das Arbeiterstudium abzuwehren und die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs unumkehrbar zu machen. Mit jedem Erfolg der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut wurde das Arbeiterstudium an der Universität gestärkt und die führende Rolle der Arbeiterklasse an der Universität ausgebaut und gefestigt.

„Die Beziehungen verschiedener Nationen untereinander hängen davon ab, wie weit jede von ihnen ihre Produktivkräfte, die Teilung der Arbeit und den inneren Verkehr entwickelt hat. Dieser Satz ist allgemein anerkannt. Aber nicht nur die Beziehung einer Nation zur anderen, sondern auch die ganze innere Gliederung dieser Nation selbst hängt von der Entwicklungsstufe ihrer Produktion und ihres inneren und äußeren Verkehrs ab.“ (K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie, Berlin 1952, S. 17) Diese Gedanken von Marx und Engels weisen uns darauf hin, daß nationale und internationale Beziehungen durch die soziale Struktur und innere Gliederung der Nationen bestimmt werden. Die soziale Struktur und innere Gliederung der Nation wiederum hängt von der Entwicklungsstufe der Produktion materieller Güter ab. Insofern sind Nationen „... ein unvermeidliches Produkt und eine unvermeidliche Form der bürgerlichen Epoche der gesellschaftlichen Entwicklung“ (W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, S. 61).

Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt und bedingt einen bestimmten gesellschaftlichen Maßstab der Produktion. Er widerspiegelt sich im Vergesellschaftungsgrad kapitalistischer Großproduktion, der die Entstehung und Entwicklung von Nationalstaaten sowie von relativ großen Gruppen der Menschen mit gemeinsamen Zügen in der Kultur zur Voraussetzung hat. Das Ergebnis dieses bestimmten Vergesellschaftungsgrades der Produktion ist die Bildung relativ großer Wirtschaftsgebiete und des zentralisierten Marktes sowie der damit verbundenen Herausbildung nationaler Währungen, nationaler Handels- und Industriegesetzgebungen. Zugleich mußte die mit der Naturwirtschaft verbundene territoriale Zersplitterung überwunden werden, da „eine breite und rasche Entfaltung der Produktivkräfte durch das Kapitalismus ... staatlich zusammengeschlossene und vereinigte Territorien erfordert, auf denen alle“ – alle selbst –

alterlichen, städtischen, englokalen, kleinnationalen, konfessionellen und sonstigen Schranken niederlegend – die Klasse der Bourgeoisie, und mit ihr auch ihr unvermeidlicher Antipode, die Klasse der Proletarier, sich zusammenschließen kann.“ (W. I. Lenin: Bd. 20, S. 31)

Sprache und Kultur werden also in Verbindung mit dem gemeinsamen Wirtschaftsleben und mit dem gemeinsamen Territorium zu Merkmalen der kapitalistischen Nation. Einmal sind das gemeinsame Wirtschaftsleben und das gemeinsame Territorium die wesentlichen Merk-

Klasse, Staat, Nationalität und Nation

Teil 1: Produktionsweise und Nation, von Prof. Dr. sc. Georg Harder, FMI

male der kapitalistischen Nation. Umgekehrt über könnte das Territorium allein, außerhalb der Herstellung ... ökonomische Verbindungen, nicht zur Formierung einer Nation führen.“ (Dialektischer und historischer Materialismus, Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin 1974, S. 451). Zum anderen schließt die Tatsache, daß Sprache und Kultur nur in Verbindung mit dem Wirtschaftsleben und Territorium Merkmale der Nation sind, nicht aus, daß sich Menschen mehrerer Nationen durchaus einer gemeinsamen Sprache bedienen können. So bildet gegenwärtig die deutsche Sprache ein Kommunikationsmittel des Volkes der DDR, der BRD und Österreichs, und dennoch handelt es sich bei diesen Völkern um drei Nationen, weil jedes für sich genommen ein eigenes Wirtschaftsleben hat und ein eigenes, von anderen unab-

hängiges staatliches Territorium bewohnt. Wenn nun eine bestimmte Produktionsweise einen bestimmten gesellschaftlichen Maßstab der Produktion ausdrückt, dann ergibt sich die Erkenntnis, daß mit dem Wechsel ökonomischer Gesellschaftsformationen sich gesellschaftliche

Maßstab der Produktion als auch seine quantitative und qualitative Veränderung von grundlegender Bedeutung für die marxistisch-leninistische Analyse des Zusammenhanges von Klasse, Staat, Nationalität und Nation in Geschichte und Gegenwart ist. Der gesellschaftliche Maßstab der Produktion in der Urgesellschaft bedingt Gens und Stamm, deren konstituierendes Moment blutsverwandtschaftliche Bindungen waren. Beim Übergang zur Sklavhalterordnung bzw. Feudalismus veränderte sich dieser Maßstab. Es entstanden mit der Klassenspaltung und dem Staat territoriale Beziehungen, die zum konstituierenden Moment von Völkern wurden. Im Schoße des Feudalismus entstehen die Elemente des gesellschaftlichen Maßstabes der kapitalistischen Großproduktion. Diese Produktionsweise bestimmt und die Bourgeoisie prägt den kapitalistischen Typ der Nation. Für das Proletariat und die anderen werktätigen Schichten bildet die Nation im Kapitalismus den unmittelbaren Boden ihres Kampfes gegen die Bourgeoisie. Das Proletariat und seine Bündnispartner führen diesen Kampf mit dem Ziel, die sozialistische Nation im Ergebnis der sozialistischen Revolution zu formieren. Die sozialistische Revolution ist die politische Voraussetzung dafür. Die sozialistische Produktionsweise stellt die konstituierende Grundlage der sozialistischen Nation dar, insofern drückt die sozialistische Nation die dialektische Negation der kapitalistischen Nation aus. Ihrer sozialen Qualität nach wird die sozialistische Nation durch die sozialistische Produktionsweise bestimmt und durch das Verhältnis befreundeter Klassen und Schichten unter Führung der Arbeiterklasse geprägt.

XXIX. UNO-Vollversammlung, Verlauf und Ergebnisse

Vom 17. September bis zum 19. Dezember vergangenen Jahres jagte im New-Yorker Glaspalast am East River die XXIX. UNO-Vollversammlung. Drei Monate lang wurden aktuelle Fragen der Weltpolitik erörtert. Genosse Erich Honecker schätzte auf der 13. Tagung des ZK der SED ein, daß die Friedenspolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zunehmend die Tätigkeit der Vereinten Nationen beeinflusst. Wie äußerte sich dies nun auf der gerade zu Ende gegangenen Vollversammlung? Gleich zu Beginn des Forums der Völker konnte ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der Universalität der UNO durch die Aufnahme der Volksrepublik Bangladesch und Guinea-Bissau getan werden.

Im Mittelpunkt der Vollversammlung standen die Fragen, die gemäß UNO-Charta die Hauptaufgaben der Organisation sind: die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Beseitigung von Krisenherden, die Abrüstungsprobleme, die Bekämpfung der Reste des Kolonialismus und die Sicherung der Menschenrechte sowie ökonomische Fragen. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Tagesordnungspunkte, die mit der Beseitigung der noch vorhandenen Spannungsherde auf der Welt im Zusammenhang standen. Die Lage im Nahen Osten wurde umfassend diskutiert, und es zeigte sich, daß Israel praktisch isoliert von dem größten Teil der Weltöffentlichkeit dasteht. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 105 gegen vier Stimmen wurde die PLO zu dieser Debatte eingeladen, die Resolution, die die Rechte des Volkes von Palästina anerkennt, wurde mit 89 gegen acht Stimmen angenommen, und den Beobachterstatus erkannten 89 gegen 11 Staat der PLO zu. Dieses Votum der Völker spricht eine deutliche Sprache und zeigt, daß

Israel bei den Wiederaufzunehmenden Genfer Friedensverhandlungen mit der PLO zu rechnen hat. Mit der in der ursprünglichen Tagesordnung nicht eingeplanten Behandlung des Zypernproblems wurde die Aggression bestimmter NATO-Kreise einer Wertung durch die Völker unterzogen. Die Mehrheit der Redner trat für den Abzug aller ausländischen Truppen von der Insel ein, um die Souveränität und Unabhängigkeit des Landes wiederherzustellen. Bei der Debatte über die Lage in Indochina traten die sozialistischen Staaten für die strikte Einhaltung des Pariser Indochinabkommens ein und wiesen die Drohungen der USA gegen die fortschrittlichen Kräfte in diesem Raum zurück. Die berechtigten Forderungen der KVDR, die den Beobachterstatus innehat, nach dem Abzug der ausländischen Truppen aus Südkorea wurden durch die sozialistischen Staaten unterstützt. Große Aufmerksamkeit fanden die Fragen der Abrüstung, zu denen 21 Resolutionen angenommen wurden. Besondere Bedeutung hat der sowjetische Vorschlag zum Abschluß einer Konvention über das Verbot des Mißbrauchs der Umwelt zu militärischen Zwecken. Auf dieser Grundlage soll der Genfer Abrüstungsausschuß den endgültigen Wortlaut eines solchen Abkommens fertigstellen. Der Beschluß, konkrete Maßnahmen zur Vorbereitung einer Weltabrüstungskonferenz zu ergreifen, damit auf der XXX. Vollversammlung der genaue Termin der Konferenz beschlossen werden kann, ist ein weiterer Erfolg der sozialistischen Staaten. Die Entwicklungsländer sehen mit großen Hoffnungen auf die Abrüstung, weil durch die Einschränkung des Wettrüstens ein Teil der eingesparten Mittel ihnen zugute kommen würde. Die Vollversammlung unternahm konkrete Schritte gegen die den Frieden gefährdende Politik der Russen und des faschistischen

Terrors. Gegen das schon mehrfach mit Sanktionen belegte Rassistensystem Südafrikas wurde die Suspendierung von der weiteren Mitarbeit an der XXIX. Vollversammlung ausgesprochen. Das Votum der Staaten, 81 stimmten für die Suspendierung, war eindeutig, auch wenn das einige USA- und BRD-Politikern nicht gefiel. Vor dem Ausschluß aus der UNO wurde Pretoria durch das Veto der drei Westmächte im Sicherheitsrat gerettet. Die chilenische Junta wurde wegen der Verletzung der Menschenrechte gebrandmarkt und gegen sie sollen ebenfalls wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Eine gewichtige Rolle spielten auch die ökonomischen Fragen und das wichtigste Ergebnis ist die mit einer überwältigenden Mehrheit von 120 Stimmen angenommene Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten. Die Charta wurde von den imperialistischen Staaten heftig angegriffen, da nun endlich gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen zwischen allen Staaten geschaffen werden sollen und die Souveränität jedes Staates über seine Reichtümer bekräftigt wird. Auch ist die Kontrolle der multinationalen Monopole vorgesehen. In der Endphase der UNO-Vollversammlung wurde noch ein bedeutender Beschluß gefaßt: die erste völkerrechtlich verbindliche Definition der Aggression wurde einstimmig angenommen. Damit wurde ein neuer großer Sieg der Friedenspolitik erreicht, denn die Sowjetunion bemühte sich seit 1933 um die Ausarbeitung einer solchen Definition. Mit diesem rechtlichen Instrument hat der Sicherheitsrat es leichter, Aggressionsakte zu bestimmen und Maßnahmen einzuleiten. Die wütenden Ausfälle reaktionärer Politiker von Washington bis Peking zeigen, daß die fortschrittlichen Kräfte neue Siege errungen haben. J. Heintze